

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Finden Sie, daß die deutsche Wirtschaftspolitik richtig ist? Verschiedene Stimmen zum Röpke-Gutachten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Finden Sie, daß die deutsche Wirtschaftspolitik richtig ist? Verschiedene Stimmen zum Röpke-Gutachten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 11, pp. 7-10

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131208>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Finden Sie,

daß die deutsche Wirtschaftspolitik richtig ist?

Verschiedene Stimmen zum Röpke-Gutachten

Selbstkritik oder Selbstrechtfertigung?

Wenn es auch ungewöhnlich ist, so braucht es durchaus nicht als Schwäche ausgelegt zu werden, wenn eine Regierung den Wunsch hat, sich die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Handlungen und Maßnahmen von einer über dem Tagesgeschehen stehenden Sicht aus bestätigen zu lassen. Es kann sogar sehr viel Mut dazu gehören, wenn ein verantwortlicher Wirtschaftspolitiker sich aus der Atmosphäre der ihm zustimmenden Ministerialräte herausbegibt, um sich vor aller Öffentlichkeit der Kritik eines Beurteilers zu unterwerfen, der durch das Tagesgeschehen hindurch den Kern der Dinge sieht, kritisch das Für und Wider der möglichen Wege erwägt und die langfristigen Auswirkungen des Handelns abschätzt. Ein solches Verfahren wäre geeignet, den vielbeklagten Mangel an Selbstkritik zu beheben. Es muß aber ernstlich gefragt werden, ob der von der Bundesregierung in diesem Falle beschrittene Weg dazu geeignet war. Der internationale Ruf eines Gelehrten erhebt ihn noch nicht über der Parteien Haß und Gunst, und daß das auch bei Herrn Röpke keineswegs der Fall ist, hätte der Bundesregierung bekannt sein müssen. Es gibt in der nationalökonomischen Wissenschaft heute wohl kaum eine Schule, die heftiger umstritten ist als der Kreis, zu dem auch Herr Röpke gehört. Außerdem ist sie in der wirtschaftspolitischen Zielsetzung so eindeutig abgestempelt, daß es schwer sein dürfte, Menschen, die dieser Schule nicht verschrieben sind, von der Allgemeingültigkeit ihrer Beurteilung zu überzeugen. Vielleicht dürfte es heute nach dem Tode Schumpeters überhaupt schwierig sein, einen souveränen Geist zu finden, der als Einzelner eine so gestellte Aufgabe sine ira et studio

durchführen könnte. Wir haben in Deutschland selbst sehr viele ausgezeichnete Gelehrte, die im Zusammenwirken und gegenseitigen Abwägen mit allem Für und Wider ein Gemeinschaftsgutachten hätten abgeben können, das sicher auf breiter Grundlage anerkannt worden wäre. Vielleicht wäre ein solches Vorgehen für die Bundesregierung glücklicher gewesen. Wenn ich nach dem Gesetz des Propheten lebe, wie soll ich erwarten, daß der Prophet mich tadele?

Marktwirtschaft oder Kollektivismus?

Die Aufgabe hätte es Herrn Röpke nahelegen müssen, in einer sorgfältigen Untersuchung die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten in Westdeutschland zu bestimmen, eine unter den gegebenen Verhältnissen optimale Wirtschafts- und Sozialstruktur aufzuzeigen und im einzelnen zu beurteilen, inwieweit die getroffenen Maßnahmen geeignet gewesen sind, das angestrebte Ziel zu erreichen. Herr Röpke tut nichts dergleichen, sondern reiht 91 Thesen aneinander, die lehrbuchmäßig feststellen, was die von ihm vertretene Doktrin auf diesem oder jenem Gebiet erfordert und wieweit die von der Bundesregierung vorgenommenen Maßnahmen dieser Doktrin entsprechen. Herr Röpke kann sich die Sache auch so einfach machen, weil er nur zwei Wirtschaftsformen kennt, die freie Marktwirtschaft und den Kollektivismus. Er glaubt, daß die freie Marktwirtschaft ein in sich widerspruchloses Wirtschaftssystem ist, und daß jedes in die freie Marktwirtschaft aufgenommene kollektivistische Element (außer den marktwirtschaftlichen gibt es nach Herrn Röpke

keine anderen) das Funktionieren dieses Wirtschaftssystems erschüttern und konsequent zum totalen Kollektivismus hinführen muß. Es gehört aber auch „zu den elementaren Erkenntnissen eines Nationalökonomen“, daß weder die freie Marktwirtschaft noch der Kollektivismus in sich widerspruchlos sind. Wenn Herr Röpke schon auf der theoretischen Ebene bleiben will, so wäre es verdienstvoller und vielleicht auch wissenschaftlicher gewesen zu untersuchen, ob die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gegenwart nicht nach einer Wirtschaftsverfassung verlangen, die jenseits der Modelle der freien Marktwirtschaft und des Kollektivismus liegen. Es ist heute kein Wirtschaftsgefüge der freien Marktwirtschaft ohne Marktreden denkbar, auch wenn sie nicht nachweisbar sind. Und die volkswirtschaftlichen Vorteile solcher Marktreden, zu denen natürlich auch Lohn- und Arbeitsvereinbarungen gehören, sind ebenso augenfällig wie ihre Nachteile. Denn es ist heute nicht mehr so, daß infolge freien Wettbewerbs der Handwerker A weniger und der Handwerker B mehr zu tun hat, weil der letztere niedrigere Preise hat, sondern es stehen Milliardenwerte des Volksvermögens auf dem Spiel, die durch ruinösen Wettbewerb vernichtet werden können, und es stehen nicht ein oder zwei Gesellen vor der Gefahr der Nichtbeschäftigung, sondern Millionen Menschen werden von Arbeitslosigkeit bedroht, wenn in einem Land infolge internationalen Wettbewerbs ein Wirtschaftszweig zerschlagen wird. Gibt es nicht zu denken, daß der höchste Rationalisierungsstand in einem Land erreicht wurde, das trotz Anti-Kartellgesetzgebung die größten Fusionen und die umfassendsten Marktreden aufzuweisen hat?

Ein „größeres Belgien“?

Es ist eine unzulässige Vergrößerung, Westdeutschland als ein größeres Belgien zu bezeichnen. Ganz abgesehen davon, daß Westdeutschland nur einen Teil einer Volkswirtschaft darstellt und daß bei der anzustrebenden Wirtschaftsstruktur berücksichtigt werden muß, daß östlich der Elbe ein Stück Deutschland mit anderen wirtschaftlichen Gegebenheiten liegt, weisen die beiden Wirtschaften eine so unterschiedliche Sozialstruktur, eine so starke Differenzierung der wirtschaftlichen Grundlagen, der außenwirtschaftlichen Beziehungen und der geographischen und politischen Lage auf, daß schlechterdings ein Vergleich nicht gezogen werden kann. Vielleicht ist es interessant, daran zu erinnern, daß ein seinerzeit durchgeführter Strukturvergleich Westdeutschlands mit der britischen Insel zu entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen führte.

Zins als Lenkungsmittel

Der deutsche Wirtschaftsapparat war vernichtet und muß erst wieder errichtet werden. Ist unter solchen Umständen der freie Zins ausreichend, um Investitionen sinnvoll zu lenken? Die Selbstfinanzierung hat gefährliche Verzerrungen in der Wirtschaftsstruktur bewirkt. Aber werden nicht gerade wieder diejenigen Wirtschaftszweige, die das meiste Kapital zur Eigenfinanzierung aufbringen konnten, im freien Spiel des Zinses als die „rentabelsten“ auch die meisten Investitionsmittel an sich heranziehen können? Wenn ein Wirtschaftsunternehmen, das in der Zusammenfassung mehrerer Stufen eine wirtschaftliche Einheit gebildet hat, vernichtet wird, so muß der ganze Betrieb wieder aufgebaut werden, auch wenn nur die Endfertigung den kalkulatorischen Erfolg ausweist. Vielleicht ist es sogar sinnvoll, mit dem Aufbau der unrentablen Vorstufen zu beginnen, die ja die Grundlage der gewinnbringenden Endfertigung abgeben. Ohne den Ausbau der Vorstufen wird das Unternehmen krisenempfindlich und abhängig bleiben. So lange die Volkswirtschaften auf politischen Nationalstaaten basie-

ren, ist ein gewisser Grad von Unabhängigkeit — zumindest auf dem Gebiete der lebensnotwendigen Produktionen — geboten. Darauf muß der Wirtschaftspolitiker Rücksicht nehmen, wenn sich auch der Theoretiker unter Außerachtlassung der Wirklichkeit der Fiktion einer totalen wechselseitigen Abhängigkeit (die schon infolge der Verschiedenheit der natürlichen Voraussetzungen niemals Wirklichkeit werden wird) hingeben darf.

Verzicht auf Verbrauch

Wiederaufbau bedeutet unter jeder Wirtschaftsverfassung Verzicht auf Verbrauch. Man kann den Grad des Verzichts nicht der wirtschaftlichen Einsicht des Einzelnen überlassen oder sich durch die ausschließliche Aufnahme von Fremdgeldern um den gegenwärtigen Verzicht herumdrücken. Wenn wir auch bei der Größe des Vorhabens nicht ohne Auslandsanleihen auskommen werden, so müssen wir uns darüber klar sein, daß Auslandsgelder — zumal wenn die Sicherheiten und Gewinne frag-

lich sind — politische Gelder und in ihrer Wirkung aus der Theorie der freien Marktwirtschaft nicht abzuschätzen sind.

Wir wollen es uns ersparen, im einzelnen zu den aus dem gleichen Gedankengang abgeleiteten Folgerungen auf dem sozialen und außenwirtschaftlichen Gebiet Stellung zu nehmen. Auf außenwirtschaftlichem Sektor sind wir jedenfalls in enger Befolgung der Doktrin in eine Situation hineingeraten, die außerordentlich bedenklich ist und, wenn keine andere Hilfe eintritt, durch bittere Verzichte überwunden werden muß. Nein, das Gutachten von Herrn Röpke ist schwer dazu geeignet, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu rechtfertigen. Es besteht eher die Gefahr, daß eine Reihe von Maßnahmen, die durchaus aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit erwachsen sind, diskreditiert werden. Und ein solches Gutachten scheint auch nicht geeignet, die zwischen Praxis und Wissenschaft bestehende Entfremdung zu mildern. (h)

Über das Ziel hinausgeschossen . . .

Wenn ein Arzt einen Kollegen um die Begutachtung eines Krankheitsfalles bittet, so kann er damit entweder einen Ratschlag oder eine Bestätigung seiner Meinung beabsichtigen; ist ihm von vornherein die Antwort bekannt, da er die Eigenarten seines Kollegen kennt und schätzt, so kann eine suggestive Wirkung auf den Patienten oder eine seelische Ermunterung für den Arzt bezweckt sein.

„Unerbittliche Alternative“

Niemand, der den „international anerkannten Fachmann“ Wilhelm Röpke aus seinen Werken kennt, kann ernsthaft annehmen, daß er ein Mehr an Planung und ein Weniger an Wettbewerb empfehlen würde. Tatsächlich hat Röpke auch weder seine Freunde noch seine Feinde mit seinem Gutachten enttäuscht, das die Bundesregierung „einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen als ihre Pflicht ansieht“, denn es ist wirklich ein „echter Röpke“. Diese Gesamtschau der Probleme unserer Wirtschaftspolitik, flüssig

und elegant geschrieben, gelegentlich auch falsch, aber großartig einseitig und deshalb für eine „breite Öffentlichkeit“ von beachtlicher Überzeugungskraft, führt zu der „unerbittlichen Alternative“, daß ein Übermaß an Regulierungen des Wirtschaftsprozesses dazu führt, daß „wir uns unter das Kommando des kollektivistischen Staates beugen müssen“, daß also nur ein Mehr an Marktwirtschaft langfristig die Rettung sein kann.

Uns dünkt, daß dieser Ruf „Landgraf werde hart“ erwartet wurde, daß aber die hier auftretenden Übertreibungen dem Ideal einer Marktwirtschaft eher abträglich als nützlich sind, soll diese doch niemals Selbstzweck sein. Was würde es nützen, wenn bei der auf die Empfehlung des Spezialisten hin angeordneten Operation zwar eine „freie“ Marktwirtschaft erreicht, der Patient aber an dem dabei erlittenen Blutverlust sterben würde. Röpkes „Entweder - Oder“ ist falsch, denn auch er kann die Notwendigkeit von zeitlich begrenzten Teilplanungen nicht leug-

nen und gebärdet sich mit seiner Ablehnung eines Nationalbudgets wie ein Arzt, der sich gegen die Anwendung einer Durchleuchtung mittels Röntgenstrahlen sträubt. Die Koordination von Gemeinwirtschaft, Teilplanungen und einer dynamischen Marktwirtschaft ist und bleibt das Grundproblem jeder Wirtschaftspolitik, das nicht einfach durch Bagatellisierung aller nicht-marktwirtschaftlichen Elemente gelöst werden kann, auch wenn man das Ideal einer geordneten Wettbewerbswirtschaft zu erreichen sucht.

„Wir hätten, wenn nicht . . .“

Daß gegenwärtig ein Höchstmaß an Anpassungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von der westdeutschen Wirtschaft verlangt wird, um die Umstellung zu einem „größeren Belgien“ durchzuführen, steht fest, nicht aber, ob es zu einem neuen Gleichgewicht kommen wird oder ob es ein Gleichgewicht mit mancherlei Störungsmöglichkeiten bleiben wird, da ja in der dynamischen Wirtschaft niemals ein fester Punkt erreicht werden kann. Wir hätten, so sagt man, ein Gleichgewicht erreicht, wenn nicht in Korea . . . Ist aber dieses „wenn nicht“ seit bald 20 Jahren für unser gesamtes Wirtschaftsleben charakteristisch? Wird nicht dann der elastische Marktpreis, der nach Röpke die doppelte Funktion der wirtschaftlichen Ordnung aller beteiligten Kräfte und ihrer Antriebskraft für eine Höchstproduktion auszuüben hat, vom rechten Weg abirren? Dann wird von allen Seiten wieder der durchaus nicht „marktgerechte“ Ruf nach „Preisdiziplin“ erschallen.

Marktkonforme Eingriffe

Röpke fordert eine Beschränkung auf marktkonforme Eingriffe und Anpassungsintervention, vor allem aber eine restlose Freilassung der lebenswichtigen Nervenzentren Außenhandel, Devisenmarkt und Kapitalmarkt, während er eine zeitweilige Suspendierung der Markt-

wirtschaft auf dem Wohnungssektor für nicht so bedenklich ansieht. Zweifelsohne stehen diese Forderungen durchaus im Einklang mit den wirtschaftspolitischen Überlegungen marktwirtschaftlich eingestellter Kreise. Lassen sie sich aber gegenwärtig verwirklichen?

Welche Schwierigkeiten eine ausschließliche Anwendung des marktwirtschaftlichen Rezeptes bei diesen wichtigsten Engpässen unserer Wirtschaft ergeben würde, ließe sich nur ahnen. Zu vermuten ist, daß eine derartige Gewaltkur zum Zusammenbruch führen würde. Richtig ist aber an Röpkes Gedanken, daß die langfristigen Überlegungen darauf hinauslaufen müssen, die marktwirtschaftliche Funktionsfähigkeit auch in diesen Bereichen anzustreben.

Röpke warnt mit Recht vor der ständigen Erweiterung des öffentlichen Finanzbereiches, da hier nach Überschreitung eines kritischen Punktes, der in Westdeutschland bereits überschritten wurde, das Ordnungs- und Antriebssystem der Marktwirtschaft gefährdet würde. Er warnt auch vor einer Vollbeschäftigungspolitik. Diese bedeute, „daß keine wie immer geartete Arbeitslosigkeit zugelassen werden soll, mag sie noch so lokal oder branchenmäßig begrenzt sein“ (S. 41). Eine derartige Aussage kann entweder ein unverzeihlicher Flüchtigkeitsfehler oder eine außergewöhnliche, einem „international anerkannten Fachmann“ nicht adäquate Unkenntnis bedeuten.

Faktoren der Sparwilligkeit

Grundsätzlich ist Röpke zuzustimmen, wenn er den Zins wieder als Regulator der Marktwirtschaft einbauen will und deshalb eine Politik des billigen Geldes ablehnt. Zu bedenken bleibt aber, daß selbst er bei der Aufzählung der Faktoren, die die Sparwilligkeit beeinflussen, folgende Reihenfolge vornimmt: 1. Vertrauen in die Stabilität des Geldes, 2. Vertrauen in die innen- und außenpolitische Sicherheit und 3. den zu erwartenden Kapitalertrag einerseits und die Liquiditätseinbuße andererseits. Als dritter Faktor — es folgen noch zwei andere — wird also erst das klassische Zinsargument angegeben, was beweist, daß Röpke gegenwärtig wenigstens auf Seiten des Kapitalangebotes dem Zins keine ausreichende Regulierungsfunktion zuschreiben magt.

Leider sind die Ausführungen über soziale Postulate erschreckend dürftig. „Sozial“ sei die Marktwirtschaft bereits dann, wenn sie eine „Zirkulation der Eliten“ in völliger Freiheit ermögliche.

Nachdrücklich warnt Röpke vor dem Schumanplan und der Europäischen Zahlungsunion als „sozialistische Pseudoformen einer europäischen Integration“. Es bestände die Gefahr, daß Westdeutschland, das „einen natürlichen Aktivsaldo mit den EZU-Ländern aufweist“, als Gläubigerland zu einer unwirtschaftlichen Umstellung seiner Außenhandelsstruktur gezwungen würde. (—p—)

Aus Gegenargumenten lernen . . .

Wenn von dem Verfasser dieser Studie ein Überblick über die Gesamtheit der wirtschaftlichen Probleme und der wirtschaftspolitischen Fragen erwartet wird, so bedeutet dies, daß er die Dinge aus der Distanz sieht, die ihm sowohl die Aufgabe wie auch sein ausländisches Domizil nahelegen.“ So

schreibt Röpke in der Vorbemerkung. Diese von Röpke aufgezeichnete Linie ist wirklich zu begrüßen, weil nur aus einer solchen Blickrichtung die besondere Problematik unserer Lage sich erkennen läßt. Aber Röpke hat keineswegs diese Konzeption auch eingehalten. Sein gesamtes Denken und die daraus

Geschäftsstellen in allen Teilen der Stadt	HANSA-BANK FRÜHER COMMERZBANK Gegr. 1870	HAMBURG 11 NESS 7
AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK		

abgeleiteten Urteile bewegen sich ausschließlich in der Mechanik materialistischer Anschauungen, die sich durch nichts von dem unterscheiden, was auch den historischen Materialismus des von ihm so leidenschaftlich bekämpften Kollektivismus kennzeichnet.

Der Mensch und die Wirtschaft

Die Probleme müssen aber, wenn man sie aus der richtigen Distanz aufgreift, in viel weiteren Abstraktionen eingefangen werden, als es Röpke versucht hat. Auch wenn die Probleme der Wirtschaft mehr aus einem Allgemeineren angesprochen werden, so darf man nicht übersehen, daß Wirtschaft nie das Ding an sich sein kann, sondern daß hinter ihr der Mensch steht. Beim Verfasser klingt diese Einsicht im Abschnitt IX an, wo er über soziale Postulate schreibt. Aber gerade hier ist er durch die Zwangsläufigkeit einer Erkenntnis allein aus der Materie so befangen, daß der Einwand einer nicht genügenden Ausweitung der Problematik sich besonders eindringlich äußert. So lehnt der Verfasser vor allem auch den Gedanken der Vollbeschäftigung ab, weil er sich nicht logisch in die von ihm vertretene Marktwirtschaft einordnet. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß das Postulat der Vollbeschäftigung zwar angestrebt, aber nie erreicht werden kann, weil dadurch nur die Funktionen der freien Marktwirtschaft beeinträchtigt werden müssen. Er kommt also zu der lapidaren Erkenntnis, daß die Reserve-Armee der Arbeitslosen, von der Karl Marx spricht, als notwendiges Übel bejaht werden muß, weil sonst der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht den höchsten ökonomischen Effekt auslöst.

Vollbeschäftigung

Wie anders äußert sich uns aber das Problem der Arbeit, wenn wir es aus unserer letzten Erkenntnis allein auf den Menschen beziehen. Dann drängt sich uns geradezu die Einsicht auf, daß die Verwirklichung der vollen Beschäftigung eine der wichtigsten Aufgaben sein muß, der sich jede Wirtschaftspolitik zuzuwenden hat, weil es eben nicht zu verantworten ist, den, der arbeiten will, auch nur

kurze Zeit mit dem unglaublichen Leid der Arbeitslosigkeit zu belasten. Es wäre doch mehr als tragisch, wenn der menschliche Geist mit dieser Aufgabe nicht fertig werden könnte. Wir sind nicht der Auffassung, daß dieses Ziel durch Klassenkampf und auch nicht aus der Materie allein sich lösen läßt, sondern daß dazu noch andere Kräfte höherer, geistiger Art eingesetzt werden müssen.

So allein kann, aus einer höheren Warte gesehen, auch nur das Problem der freien Marktwirtschaft gewertet werden, der Röpke so bedingungslos anhängt. Dabei sind wir allerdings der Auffassung, daß der Gedanke der Vollbeschäftigung kaum anders verwirklicht werden kann als dadurch, daß man die Idee des Planens in der Wirtschaft bejaht: auch schon aus dem umfassenden Gedanken, daß die Aufgaben eines staatlichen Gebildes nie ohne Planung gelöst werden können und Wirtschaft immer nur ein Teil der staatlichen „Planung“ sein kann. Dabei ist allein die Frage zu prüfen, wie weit der Gedanke einer Marktwirtschaft in den übergeordneten Grundsatz des Planens nicht nur eingeordnet werden kann, sondern sogar eingeordnet werden muß.

Richtiges Planen

Auf der Linie dieser Erkenntnis können wir aber immer wieder feststellen, daß über den Gedanken des Planens bis heute kaum immer die richtigen Vorstellungen bestehen, auch nicht in der Studie von Röpke, der dieses Problem weder hier noch in seinen sonstigen Publikationen genügend ausgereift angesprochen hat. Er übernimmt Worte, wie Liberalismus, Kollektivismus usw., ohne zu beachten, daß sie aus einer Zeit stammen, die hinter uns liegt, und viel zu verwaschen und zu sehr im Tagesgespräch abgenutzt sind, als daß man sie in der wissenschaftlichen Arbeit überhaupt noch verwenden sollte. Planen heißt keineswegs, die Gestaltung des Künftigen so abzugrenzen, daß man Normen bis zu allen Einzelheiten gibt, sondern Planen bedeutet nichts anderes, als den großen Rahmen abzustecken, in dem sich die Dinge dann selbst im Einzelnen formen

sollen. Dabei muß auch die Idee der Marktwirtschaft eingesetzt werden, deren großer Wert nicht bestritten werden kann.

Wir sehen also, daß sich Freiheit und Unfreiheit innerhalb des Planens keineswegs gegenseitig ausschließen, sondern daß die Freiheit des Einzelnen auch auf dem Gebiete der Wirtschaft sich sinnvoll in den Gedanken des Planens einordnet. Der Weg der Synthese kann hier, wie immer im Leben, allein richtig sein, den wir auch nicht deshalb ablehnen dürfen, weil wir etwa mit Röpke der englischen Wirtschaftspolitik nicht immer zustimmen können. Auch auf den Wegen der Synthese gibt es viele Möglichkeiten, solche Fehler zu vermeiden.

Grenzen der Marktwirtschaft

Darin liegt das große Mißverständnis in der Studie von Röpke, daß er der Marktwirtschaft die unbedingte Priorität einräumt, aber doch an ihren Grenzen nicht ganz vorbeigehen kann und von Eingriffen des Staates spricht, wenn sie versagt. Eingriffe dieser Art sind aber sehr gefährlich, und es fällt der Vorwurf auf Röpke zurück, daß die nicht in eine Planung eingeordnete Marktwirtschaft zuletzt doch nur aus den Möglichkeiten der Grundsatzlosigkeit von Fall zu Fall geleitet sein kann. Wir erleben gerade in der letzten Zeit solche unorganischen Eingriffe des Staates. Die weitgehenden staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Einfuhrhandels hätten sich sicher in ihrer krassen Form bei einer vorangegangenen großzügigen Planung vermeiden lassen.

Die Bundesregierung hat von Röpke ein Gutachten angefordert, ob die deutsche Wirtschaftspolitik richtig ist, obwohl sie weiß, daß ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen gerade aus den theoretischen Erkenntnissen von Röpke abgeleitet worden sind. Das ist nicht der richtige Weg, um sich Klarheit über den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen zu verschaffen. Erst aus der Antithese kann man erkennen, was richtig oder falsch war. Wenn man sich vor sich selbst rechtfertigen will, muß man es vor allem aus den Gegenargumenten tun. (Kö)